

Łódźer

Freie Presse

Bezugspreis:
wie sieben gespaltene Non-
verzweigten 1 Mf. 1,50, Aus-
und 1,50 D-Mf. f. d. Min-
zettelzettel, Bielen, die
Bettzettel 6 Mf. Ausland
1 D-Mf. für die erste Seite
schen keine Anzeigen an-
nehmen.

Bezugspreis:
In Łódź und nächster Um-
gebung wöchentlich 4 Mf.
— Pf. und monatlich 16 Mf.
Durch die Post bezogen
kostet sie 16 Mf. monatlich.
Honorate werden nur nach
vorheriger Vereinbarung
gezahlt.

Eigene Vertreter in: Aleksandrow, Bialystok, Chełm, Kalisz, Konin, Konstantynow, Lipno, Lubianice, Rypin, Gostkowice, Tomaszow, Turek, Włocławek, Zduńska-Wola, Zgierz.

Nr. 81.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Łódź, Petrikauer Straße 86.

3. Jahrgang

Regierung und Arbeiter in Deutschland.

Das Ende der Streikbewegung.

Wien, 21. März. (Pat.)

Aus Berlin wird gemeldet: Die Generalkommission der Arbeiterverbände hat heute vormittag beschlossen, den Generalstreik sofort zu beenden. Diesem Beschluss wird sich höchstwahrscheinlich auch die unabhängige Kommission der Verufsverbände anschließen. Das Abkommen, das zwischen der Regierung und der Generalkommission der Verufsverbände abgeschlossen wurde, lautet:

1. Bei der Neubildung des Kabinetts im Reiche und in Preußen wird den Arbeitern, Angestellten und Beamtenorganisationen entscheidend einfluss auf die Neuregelung der Wirtschaftsgesetzgebung unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung zugestanden.

2. Alle Personen, die an dem Anschlag teilgenommen haben, sowie alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatten, werden entwaffnet und bestraft.

3. Die ganze öffentliche Administration wird von gegenrevolutionären Elementen gesäubert.

4. Es werden unverzüglich admistrative Reformen auf demokratischer Grundlage unter Mitwirkung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen durchgeführt.

5. Die gegenwärtige soziale Gesetzgebung ist sofort aufzuheben und durch eine neue zu ersetzen.

6. Es ist sofort die Sozialisierung aller Wirtschaftszweige durchzuführen, die dazu reif sind.

7. Die Lebensmittel sollen wirklich erlaubt, eventuell beschlagnahmt und die Spekulation sowie der Kettenhandel auf das schärfste bekämpft werden.

8. Alle gegenrevolutionären militärischen Formationen sind sofort aufzulösen.

9. Es wird offiziell festgestellt, daß die Minister Noske und Geine ihre Rücktrittsliste bereits eingereicht haben.

Was die übrigen Fragen anbelangt, so behält die Generalkommission eine Beschlusssfassung vor. Es unterliegt aber keinem Zweifel mehr, daß auf Grunau dieses Abkommens die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden wird. Ein entscheidender Einfluß auf das Ausmaß kommt des Abkommens übt die gestrige Erklärung des englischen Befolmächtigen in der Frage des Kredits und der Lebensmittel für Deutschland aus.

Eine Erklärung des Streikkomitees.

Wien, 20. März. (Pat.)

Das W. Korr.- Büro meldet aus Berlin: Das zentrale Streikkomitee erließ eine Erklärung, in der behauptet wird, daß das Proletariat den Sieg über die Reaktion vorantragen hat. Unser Zweck ist, wird in dem Aufruf weiter gezeigt, Deutschland nicht in kleine Sowjetrepubliken zu zerstören, sondern die Arbeitersklasse ganz Deutschlands zur Einheit zu führen. Unser Ziel ist, die sozialistische Idee zu verbreiten, und der Kämpfe — die Herrschaft über das ganze Land zu verlangen. Von bürgerlichen Parteien wird es abhängen, ob ruhig wir durchzuführen sein oder nicht.

Ein Ausruf der Regierung.

Wien, 20. März. (Pat.)

Das W. Korr.- Büro meldet aus Berlin: Die Regierung erließ nachstehenden Aufruf: Arbeiter und Bürger! Rapp wurde verjagt. Rätsel weggestoßen. Die Staatsanwaltschaft ist bereit gegen Betriebsräte eingeschritten. Die konstitutionelle Regierung, gestützt auf jeden Willen des Volkes, hat die Macht wieder vollkommen in ihren Händen. Alle in Berlin stationierten Gruppen der Wehrmacht und der Sicherheit

wehr lieben auf Seiten der Regierung. Es werden Verhandlungen wegen Beendigung des Generalstreiks geführt. Durch den im Namen der Demokratie geführten sozialen Kampf gelang es den Arbeitern, sich ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte zu sichern. In diesem Kampf war die Sympathie der ganzen Welt auf Seiten des deutschen Volkes, nicht auf der Militärdiktatur. Der Vertreter Frankreichs brachte am Donnerstag anlässlich des Sieges über Rapp und Rätsel der Reichsregierung seinen Glückwunsch dar und der Vertreter Englands machte am Freitag die Mitteilung, daß man wieder den Deutschen mehr Lebensmittel zustellen und Kredit gewähren könne unter dem Vorbehalt, daß die konstitutionelle Regierung wieder eingeführt und die Ordnung im Lande nicht gestört werde. Fort mit der Diktatur! Es lebe die Demokratie!

ges. Bauer.

Die blutigen Kämpfe im Reiche.

Wien, 20. März. (Pat.)

Die Telegraphenkompanie meldet aus Berlin: Aus den aus ganz Deutschland eintreffenden Nachrichten geht hervor, daß es in Leipzig zu den blutigsten Kämpfen kam. Am wüttendsten tobte der Kampf um das Volkshaus in Leipzig, das durch Artilleriefeuer zerstört wurde. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß. Baut optimistischer behördlicher Berechnung sind in ganz Deutschland gegen 2000 Personen ums Leben gekommen. Baut anderer Berechnung wurden 7000 bis 8000 Menschen getötet und 15000 bis 20000 verwundet.

Wien, 21. März. (Pat.)

Das W. Korr.- Büro meldet: Am Freitagabend kam es in Kiel zwischen Militär und bewaffneten Arbeitern zu neuen blutigen Zusammenstößen. Das Ergebnis der Kämpfe ist noch nicht bekannt.

Wien, 20. März. (Pat.)

Die Neue Freie Presse meldet aus Berlin: Die Nacht verlief ruhig. In der Gegend des Schlesischen Bahnhofs hat sich eine Abteilung weißer Truppen verpflanzt. Das ganze Bahnhofsviertel wird von der Sicherheitswehr und der Reichswehr besetzt gehalten. Es wurden Kämpfe erwartet. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an vielen Punkten der Stadt zu Zusammenstößen. Am Freitag wurde ein durch das Brandenburger Tor fahrender mit schwarz-weißer Fahne versehener Panzerfahrzeug beschossen. Unter den Linien kam es zu Handgranatenkämpfen.

Breslau, 20. März. (Pat.)

Auch hier wurde der Generalstreik ausgerufen und er wird solange andauern, bis nicht der letzte Soldat aus Breslau verschwunden sein wird. Bis jetzt konnten nicht alle Schäden festgestellt werden, die durch die Unruhen der letzten Tage verursacht wurden. Lediglich sind sie ganz bedeutend. Es wurde das Gebäude, in dem sich die „Schlesische Zeitung“ befindet, zerstört. Baut bisheriger Feststellung sind bei den Kämpfen am 18. März 6 Soldaten und eine Zivilperson gefallen. Die Verwundeten konnten noch nicht festgestellt werden.

Judenfeindliche Bewegung.

Wien, 20. März. (Pat.)

Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Berlin: Die baltischen Truppen treiben antisemitische Agitation und lassen sich judefeindliche Ausschreitungen zuschulden kommen. Unter den Linden und vor dem Hotel Adlon hielt die Soldaten Reden, in denen das Volk zu Judenpogromen aufgefordert wurde.

Frankreich und Deutschland.

Wien, 21. März. (Pat.)

Das W. Korr.- Büro meldet aus Paris: In einem Gespräch mit dem Korrespondenten der „Daily Chronicle“ erklärte Millerand, daß sich der Standpunkt Frankreichs Deutschland gegenüber in einigen Worten ausdrücken läßt. Frankreich war nie vom Geiste der Rache erfüllt (!) Der französische Charakter kennt eine Mischung des geschlagenen Feindes nicht. Frankreich lehne ein wirtschaftliches Zusammensein mit Deutschland durchaus nicht ab, doch müssen die Deutschen die Friedensbedingungen erst erfüllen. Hierin wird Frankreich auf keinerlei Kompromisse eingehen. Die Regierung ist entschlossen, gegen jeden Versuch der Revision des Friedensvertrages vorzugehen.

Die Räterepublik Essen.

Brüssel, 21. März. (Pat.)

Aus Aachen wird gemeldet, daß in Essen am Freitag die Räterepublik proklamiert wurde. Mühlheim, Oberhausen und Elberfeld sind von Spartakisten besetzt. Ein Teil der geschlagenen Regierungstruppen zog sich zurück, der andere ging auf englisches Territorium. Die Regierungstruppen verließen ohne Kampf die Stadt. Die belgischen Truppen dieses Teiles des Rheins zogen sich ohne Zwischenfalls auf das linke Rheinufer zurück. Es sind Anordnungen getroffen worden, um eventuelle Angriffe der Spartakisten auf die Städte am Rhein zu vereiteln. Es hat den Anschein, als wollten die Spartakisten Duisburg besetzen.

Aus Köln wird gemeldet, daß die Räterepublik die deutsche Regierung bevollmächtigt habe, Reichswehrtruppen in die besetzten Gebiete zu entsenden, um die Unruhen im Industriebezirk niederzuwerfen.

„Polen ein Saisonstaat“.

Unter dieser deutschen Überschrift brachte dieser Tage der „Dienstl. Börg. und“ in diesem angehenden Blatte veröffentlicht. Seine Bemerkung, daß die polnische Herrschaft eine vorübergehende Erschaffung sein werde, erfüllt ihnen darunter, daß sie in besonderen Abfällen jene Korrespondenz verbreiten, welche folgendermaßen lautet:

Die Schriftleitung.

„Die Berliner Zeitungen geben mit Wohlbehalten Beimerkungen über Polen wieder, welche der Korrespondent der „Times“ in diesem angehenden Blatte veröffentlicht. Seine Bemerkung, daß die polnische Herrschaft eine vorübergehende Erschaffung sein werde, erfüllt ihnen darunter, daß sie in besonderen Abfällen jene Korrespondenz verbreiten, welche folgendermaßen lautet:

Die Deutschen nennen Polen einen Saisonstaat, womit sie andeuten wollen, daß sie Zweifel in die Dauerhaftigkeit desselben setzen. Auch in England besteht eine ähnliche Auffassung.

Polen gilt in England als das Land unprofitabler Romantiker, welche sich niemals unter einander vertrauen können und auch zur Selbstregierung nicht fähig sind. Die Auswahl Padewkis zum Premierminister ist typisch. Ein Volk, welches einen Mufflännler sich zum Ministerpräsidenten erwählt, kann nicht ernst genommen werden. — Aber das Reich hat sich in den 150 Jahren seit der Teilung zwischen Russland, Österreich und Deutschland sehr geändert. Damals repräsentierten die Großgrundbesitzer und der Adel das Volk; heute aber die Demokratie, welche über 10 Millionen fähiger und leidiger Männer zählt, die sehr wohl wissen, daß sie die Nation darstellen und die ihre Regierung kritisieren. Dieses Volk bildet das wirkliche Polen und nicht einzelne Aristokraten und temperamentvolle Kämpfer. — Welche Aussichten bietet nun Polen für eine kräftige und ordnungsgemäße Entwicklung seiner Freiheit, wie es seine Lage erfordert?

Eins der Reiche, welche Polen vor andern Jahrhunderten auseinanderriß, besteht schon nicht mehr. Die beiden anderen sind sehr geschwächt; aber ihr biderseitiges Interesse verlangt, daß sie sich untereinander gegen die Entwicklung Polens verbünden und bei gegebener Gelegenheit das Land von neuem teilen. Diese Gefahr sollte die Polen zur Einigung bringen. Allerdings ist das erste Jahr ihrer politischen Existenz wenig ermutigend. Die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit zerschlug sich durch die Intrigen der Opposition. Einzig und allein gelang es, das Gesetz über die Bodenreform zu verabschieden. Und auch das wurde nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen, und die Mehrheit ist entschlossen, seine Einführung unter allen Umständen zu verhindern. Dem Parlament fehlt die politische Erfahrung, und eine handvoll Verfassungspolitiker aus dem österreichischen Parlament und der russischen Duma macht, was sie will. — Aber das Beispiel der Volksgemeinschaft in Polen zeigt, wie ein Volk sich auch ohne Führer aus den höheren Gesellschaftsklassen regieren kann, und man darf zu der Tatkraft der polnischen Nation das Vertrauen haben, daß sie den Rücken des Landes durch kurzstellige Parteipolitiker verhindern werde.

Die wirtschaftliche Lage des neuen Reiches ist vollständig gefüllt. Der andauernde niedrige Walutstand ist nur künstlich hervorgerufen und trägt einen vorübergehenden Charakter. Selbst ohne die Reichsämter Oberösterreich wird Polen in der Lage sein, Holz, Oele, Blei und Zinn, Leinen, Metall und wirtschaftliche Produkte auszuführen. Die weitere Entwicklung der polnischen Industrie und des Verkehrsvege bietet dem reichen Kapital ein ausgedehntes Feld der Tätigkeit. Wenn die großen Reiche zeigen werden, daß sie ein kräftiges Polen erhalten wollen, dann werden ausländische Gelder dem Lande zufließen zugleich mit ausländischen Ingenieuren und Technikern. Der Polen hat die Eigentümlichkeit der schnellen Assimilation der Ausländer. Und so wurde die Leinenindustrie in Łódź in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit sächsischen Einwanderern und deutschem Kapital begründet. Die Nachkommen der Geyer, Grohmann, Schröder usw. sind heute polnische Patrioten. — Im allgemeinen kann man sagen, daß die Wiedergeburt Polens erst im künstlichen Geschlecht erfolgen werde; denn die gebildeten Kreise der gegenwärtigen Generation ebden zu viele Fehler von ihren Vorfahren. — In jedem Falle muß der Völkerband zeigen, daß er Polen unangefasst lassen will inmitten seiner großen Nachbarn. — Solange die polnische Armee nicht ausreichend gerüstet ist, um die Bolschewiten zu besiegen, solange Deutschland und Österreich wirtschaftliche Vorteile gewährt als Polen, solange England Millionen für Denkschrift und die Pfennige für Polen bereut, solange kann man nicht behaupten, daß Polen die volle moralische Unterstützung der Koalition besteht.

Die Berliner Zeitungen geben — so schließt der „D. Böd.“ — vorliegende Ausführungen der „Times“ mit der Überschrift „Polen ein Saisonstaat“ wieder. Sie wollen das mit den Eindruck erwecken, als ob Polen in den Augen Eu. lands sich als sehr gebrechlich erweist. In diesem verhält sich die Sache in Wirklichkeit anders. — Lebhaft ist das von geringem Wert, was jemand über uns spricht. Hauptische bleibt, daß wir selbst verstehen, was Polen braucht und daß wir daran handeln, und dann wird es sicher kein „Saisonstaat“ werden.

Der Artikel 10.

Wien, 18. März. (Pat.) Das Korr.- Büro bringt eine Washingtoner Nachricht, monach Wilson den neuen Vorbehalt gegen Artikel 10 des Völkerbundvertrages verworfen hat. Der Artikel wurde mit 308 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Endabstimmung findet im Senat am 19. März statt. Man nimmt an, daß der Senat die dem Völkerbundvertrag gemachten Konzessionen ablehnen werde.

Die Frage Albaniens.

Wien, 19. März. (Pat.) Das Korr.- Büro meldet funktelegraphisch aus New-York, daß Wilson gegenwärtig sich sehr lebhaft mit der albanischen Frage beschäftigt. Wilson erhält von

ten mitunter satirische Hinweise auf die gegenwärtige allgemeine Verpflegungslage. Im großen und ganzen ist das Bild in jeder Hinsicht, sei es Spiel oder Ausstattung, als eines der vor trefflichsten seiner Art zu betrachten.

Kinotheater „Luna“. Der Film unter dem Titel: „Die Favoritin des Kaisers“ läßt den Zuschauern einen Blick hinter die Kulissen des Barenhofes in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts tun. Die Herrschaft und Stupseligkeit des Reichskanzlers führt zur Entmündung des Jaren und zu einer Palastrevolution. Die von dem Kanzler vertriebene Geliebte des Jaren erscheint noch rechtzeitig auf der Bildfläche, um die schurkischen Pläne des Kanzlers zu vereiteln und den jugendlichen Thronfolger zu retten. Ausstattung und Spiel lassen nichts zu wünschen übrig.

Der Magistrat der Stadt Łódź kauft Theaterrequisiten. In diesen Tagen wurde auf einer Magistratsitzung in Sachen der Requisiten des polnischen Theaters beraten. Da die seinerzeit von dem Direktor des ehemaligen Thalia-Theaters angelauften Requisiten sich nur zur Umarbeitung eignen, und der Vorschlag, Kosten in Warschau, Lemberg und Posen zu leisten, nicht durchführbar ist, hat der Magistrat beschlossen, den Vizepräsidenten Hateron und den Leiter der Schulabteilung Dr. Kopciński zu der im Juni d. J. in Warschau stattfindenden Versteigerung der Theaterrequisiten des Direktors Bolesławski zu entsenden. Die Herren sollen mit Direktor Bolesławski über die Bedingungen eines direkten Ankaufs der Requisiten verhandeln.

Vereine u. Versammlungen.

Vom Christlichen Wohltätigkeitsverein. Vor gestern fand unter dem Vorsitz des Herrn Pastor Smidach eine Versammlung der Vorstandsmitglieder des Christlichen Wohltätigkeitsvereins statt. Es wurde beschlossen, den Wirtin der Tschalle in der Pegezofstraße 26 zu kündigen, da das Haus dem Magistrat verkaufst werden soll. Herr Wolanek wurde bevollmächtigt, die Entlassung des Wirtes der Tschalle auf der Waffen-Ring gerichtlich zu bewirken, falls er bis zum 1. April den Posten nicht freiwillig verlassen sollte. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß die 5904,76 Mark, die für die Ausbefferung des Bürgersteiges vor dem Hause 10 in der Czerniakowstraße, in dem sich das Nachtschlaf befindet, benötigt wird, von dem Magistrat in zwei Raten von den städtischen Beihilfen für den Verein abgezogen werden sollen. In Anbetracht der geringen Höhe dieser Beihilfen aber wurde beschlossen, die erste Rate aus eigenen Mitteln des Vereins zu befreiten. Zum Ankauf von verschiedenen Materialien für das Nachtschlaf wurden 11500 Mark bewilligt. Die Bitte des 2. Heims um Bewilligung der Legate der Damen Wute und Pfennig zur Befreiung der Ausgaben dieser Anstalt, wurde abgeschlagen, da diese Einzahlungen gleich dem Stammkapital unantastbar sind. Die abschlägige Antwort des Magistrats auf die Bitte des Vereins um Erhöhung der Beihilfen für das Jahr 1919/20 wurde zur Kenntnis genommen. Die Gehälter der Büroangestellten der Gesellschaft wurden um 40% erhöht.

„Ein Tropfen Milch“. Vergangene Woche rief die Gesellschaft „Ein Tropfen Milch“ eine Hauptversammlung im zweiten Termin ein, zu der kaum einige zehn Personen erschienen waren. Aus dem verlesenen Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Gesellschaft im vergangenen Jahre 28722 Säuglinge ernährt hat. Hierzu wurden 112350 Liter frischer und 73446 Büchsen Kondensmilch verbraucht. Die gewöhnliche Milch kostete 154 061 Mark. Die Küchen der Gesellschaft verabfolgten 32256 Portionen Grützschlam, die 23687 Mark kosteten. Die monatlichen Unterhaltskosten eines Säuglings betrugen M. 14,60, mit Hinzurechnung der Verwaltungsaufgaben M. 16,69. Die Kasse wies am 1. Januar 1920 einen Bestand von M. 31867 auf. Dieser große Rassenbestand ist dadurch zu erklären, daß die vom Magistrat zu Beginn des Berichtsjahres bewilligte Unterstützung erst im Dezember in die Kasse der Gesellschaft eingezahlt wurde. In diesem Monat erhielt die Gesellschaft auch 10 000 Mark von Frau Padewski. Angehört solcher bedeutender Unterstützungen hat die Versammlung den Plan einer intensiveren Tätigkeit bezüglich der Verpflegung der Säuglinge in diesem Jahre gefaßt. In Anbetracht der geringen Zahl von Esstierchen konnten die Vorstandswahlen nicht vorgenommen werden und es wurde daher beschlossen, daß der alte Vorstand mit dem Recht der Berufung der fehlenden Mitglieder bis auf weiteres bestehen bleibt. Frau Grabowska wurde wegen ihrer Verdienste um die Gesellschaft zum Ehrenmitglied des Vorstandes ernannt.

Versammlung der Textilarbeiter. Gestern fand im Lokale in der Pfeifferstraße 19 eine Versammlung der Textilarbeiter sämtlicher in Sachen befindlicher Textilfabriken statt. Es wurde in der Angelegenheit der neuen Löhne in der Textilindustrie und über den Vorschlag des Textilarbeiterverbandes in Sachen der Lebensmittelabgabe für Arbeiter beraten. Es wurde beschlossen, daß falls die Lebensmittelzulagen aus irgendeinem Grunde nicht bewilligt werden sollten, die Löhne entsprechend den Preisen der ersten Bedarfsartikel erhöht werden müssen.

Aus der Heimat.

Bolesław. Der Wohltätigkeitsverein hat in der Zeit vom 1. Juli v. J. bis 1. Januar 1920 an die Armen der Stadt 71791 Mittagesse für ein Gesamtentgelt von Mark 33 199,50 erteilt. Von diesen Mittagesse wurden 67246 unentgeltlich verteilt. Die jüdische Küche verteilte an Erwachsene 18504 Mittagesse zu 60, an Kinder 8255 zu 30 Pfennig, zusammen für 13608 Mark. Den Altenarmen wurden 567 Arzneien unentgeltlich gegeben, was eine Ausgabe von Mark 6944,05 nach sich zog. Die Ausgaben des Vereins betrugen Mark 114176,17, die Einnahmen dagegen nur Mark 1214. Der hieraus sich bildende Fehlbetrag von Mark 112962,17 wurde aus städtischen Mitteln gedeckt.

Konstantynow. Einbruch in die bishl. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag drangen Diebe in den Stall des in der Kirchenstraße wohnhaften Adolf Funke ein und entwendeten eine Ziege und zwei Hühner im Werte von 1500 Mark. Von den Dieben fehlt noch jede Spur.

Brzeziny. Keine Kohle — kein Licht. — Geldregen. Die Stadt erhält seit Dezember verg. Jahres keine Kohlen mehr. Das staatliche Kohlenamt benachrichtigt zwar den Magistrat, daß der Stadt so und so viel Tonnen Kohle für den Monat zuverlauten würden, um ihn aber einige Tage später davon in Kenntnis zu setzen, daß die Kohlen für die Armee oder die Eisenbahnen requiriert werden sind. Die reichen Einwohner kaufen Kohle im Kettenhandel zu 120—140 M. den Körze, die Armen sammeln in den Wäldern Kleing. Infolde des Kohlemangels muß auch das Elektrizitätswerk still stehen. Abends herrscht in der Stadt ägyptische Finsternis. Hier und dort sieht man nur einen mit einer Laterne bewaffneten Wanderer gehen. Obendrein ist die Dampfmaschine des Elektrizitätswerks in Unordnung geraten. In diesen Zustand wurde sie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres von einem Herrn W. Salonek versezt, der das Werk in Pacht genommen und der Stadt einen Verlust von etwa 15 000 M. zugefügt hat. Ob das Werk wieder einmal in Betrieb gesetzt wird, mögen die Götter wissen! — In der letzten Zeit ging über die Stadt ein Geldregen nieder. Erstens: an die Arbeitslosen wurden hohe Unterstützungen ausgeschüttet, und zwar seitens des staatlichen Ausschusses zur Unterstützung der Arbeitslosen. Bei der letzten Auszahlung erhielt jeder Arbeitslose von 400 bis 800 M. Zweitens: sämtliche arme Stadtewohner ohne Unterschied des Glaubens erhielten Geldunterstützungen von dem amerikanischen Millionär oder Milliardär Heyman Funt. Jeder christliche Arme erhielt 15 bis 20 Mark, jeder jüdische 180 Mark. Heyman Funt ist ein Ukrainer Kind. Er heißt eigentlich Janek Chemia Krowiecki und trägt den Mädchennamen seiner Mutter, die in Brzeziny seit 30 Jahren eine Gastwirtschaft unterhält. Der amerikanische Kreuz hat bereits Brzeziny verlassen, um — wie sich die Armen erzählen — wiederum einen Bogen Geld über den großen Teich zu bringen. Zahlreiche jüdische Familien erhalten seines Scheids aus Amerika, die vorwiegend auf 1000 Mark lauten. Alles dieses Geld verschwindet jedoch in Anbetracht der großen Teuerung überaus rasch.

Brzeziny. Pastor Wenzel als Förderer der Plebisizität. Dieser Tage fand hier eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt, in der nach einer Ansprache des Pastors Wenzel u. a. beschlossen wurde, für Plebisizitzwecke 70 000 Mark zu bewilligen.

Warschau. Die hohen Brotpreise in Warschau sollen durch Einteilung der Bevölkerung in drei Gruppen, die verschiedene Preise zahlen, für die ärmeren Klassen herabgesetzt werden. Im Stadtrat wurde vorgeschlagen, der armen Bevölkerung das Kartentrot zum Preise von 50 v. H. der Selbstkosten zu liefern.

Polen. Von der „Gleichberechtigung“: Das „Posener Tageblatt“ schreibt unter dieser Spitzmarke: Bei der Besitzvergabe des Gutes Lopuchowo im Kreis Obrnik, Frau Mosebach, deren Familie seit 1825, also seit nahezu hundert Jahren im Besitz des Gutes ist, erschien vor kurzem ein polnischer Beauftragter und teilte ihr mit, daß sie enteignet werden würde, wenn sie nicht vorziehe, ihr Gut freihändig und zwar an ihn, den Beauftragten, zu verkaufen, der ihr einen guten Preis zahlen werde. Frau Mosebach lehnte das Antragen ab. Sie wurde darauf einige Tage später zum Starosten bestellt, der ihr auch nur mitteilen konnte, daß sie tatsächlich enteignet werden sollte. Auf die Entgegennahme der Frau Mosebach, daß sie polnische Staatsangehörige sei und daß ihr Gut sich seit nahezu 100 Jahren im Besitz der Familie befindet, und auf ihre Frage, weshalb sie enteignet

werden solle, erwiderte der Starost, daß eine Verfüzung der polnischen Regierung ergangen sei, nach der solche Güter, die schlecht bewirtschaftet würden, der Enteignung unterliegen und daß dies der Grund des Vorgehens gegen sie sei. Frau Mosebach entgegnete, daß ihr Gut nicht schlechter bewirtschaftet werde als andere Güter auch und daß die Wirtschaftslage in den für die Landwirtschaft überhaupt vorliegenden Verhältnissen ihren Grund habe. Der Starost blieb dabei, daß das Gut enteignet werden solle und erklärte, daß er ihr weiter nichts sagen könne, als daß der Beschluß zur Enteignung vorliege.

Die Absicht, die mit solchem Vorgehen verfolgt wird, tritt klar zutage. Aber man darf wohl annehmen, daß schließlich doch Erwägungen rechtlicher Art und Grundzüge der Gerechtigkeit verhindern werden, daß dieser Beschluß durchgeführt wird und daß weitere ähnliche Fälle sich ereignen.

Höchstpreise für Butter und Milch. Das Verzorgungs-Departement teilt mit, daß im ganzen ehem. preuß. Gebiet Höchstpreise für Butter in Höhe von 8 M. das Pfund im Großhandel und 8,50 M. das Pfund im Kleinhandel festgelegt wurden. Der Preis für 1 Liter Milch darf in der posener Wojewodschaft nicht übersteigen: in Dörfern bis zu 10 000 Einwohnern 75 Pf. in Dörfern von 10 000—40 000 Einwohnern 85 Pf. in Dörfern über 40 000 Einwohnern 1,20 M. Der Preis für Blauer- und Buttermilch darf nicht 60 Pf. übersteigen.

Telegramme.

Die russisch-polnischen Kämpfe.

Generalstab vom 21. März.

Nach dreitägigen heftigen Angriffen auf unsere Stellungen bei Charkow und beim Dorfe Zajimowka zogen sich die Bolschewiken in südöstlicher Richtung zurück. Meldere von Meczecza ausführten jedoch keine Angiffe, unterstellt durch Panzerzüge, wurden von uns abgeschlagen. In einem Gegenangriff befreiten wir Nagrow. Die Zahl der Gefangenen aus den Kämpfen am 18. und 19. d. M. erhöhte sich um 54 und die Beute um 2 Maschinengewehre.

In Wohynien wurde der Abschnitt Olowj vom Feinde erfolglos angegriffen. Heftige Kämpfe entbrannten bei Hult, wo der Feind nach starkem Trommelschlag über den Fluss Sluzca feißen wollte. Heftige Angriffe führte der Feind auch auf den Abschnitt Nohaczew aus. Die Angriffe wurden mit großen Verlusten für den Gegner abgeschlagen. Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Feind mit 2 Regimenten die Vorstadt Mirobol an. Unsere Abteilungen schlugen die harrnächtigen Angriffe des Gegners trotz seiner Überzahl siegreich ab und, zum Gegenangriff übergehend, wurden die feindlichen Kräfte in östlicher Richtung zurückgeworfen, wobei einige zehn Gefangene gemacht und 3 Maschinengewehre erbeutet wurden. Es steht sich heraus, daß der gestern als gefallen gemeldete Leutnant Szulc schwer verwundet und vom Feinde gefangen genommen und hierauf von unseren Abteilungen wieder befreit wurde.

Der erste Vertreter des Generalstabes Kaliszt, Oberst

Die Bolschewiken in Kaschirinodar.

Moskau, 21. März. (Pat.) Ein bolschewistischer Heeresbericht vom 19. d. Mts. besagt: Die französischen Schiffe, die im Hafen von Odessa vor Anker lagen, sind in See gestochen. Am 1. März eroberten die Sowjettruppen Kaschirinodar.

Der amerikanische Senat ratifiziert nicht

Wien, 21. März. (Pat.) Die Blätter bringen nachstehende Meldung aus Washington: Der Senat ratifizierte den Friedensvertrag nicht. Die Resolution, die die republikanischen Vorbehalte enthielt, hat aber die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalten. Hieraus ziehen die Blätter den Schluss, daß der Senat den Friedensvertrag ablehnt.

Amerika und Deutschland.

Wien, 21. März. (Pat.) Das Korr.- Büro meldet aus Washington: Amerikanischen Blättern auf, stellte Senator Knobell den Antrag, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Deutschen wieder aufzunehmen.

Die Friedensbedingungen der Gewerkschaften.

Wien, 20. März. (Pat.) Aus Berlin wird gemeldet: Der Verband der Gewerkschaftenvereine hat der Regierung folgende Bedingungen unterbreitet, unter welchen er vereinbart wäre, die Lösung zum Generalstreik zurückzuziehen: 1. Entfernung, Entwaffnung und Befreiung der Aufständischen; 2. Bestrafung der Beamten, die sich gegen die Verfassung gestellt haben; 3. Auflösung der gegenrevolutionären Abteilungen; 4. Bildung von Sicherheitsabteilungen und Orga-

nisierung von Arbeitersabteilungen; 5. Beschleunigung der Demokratisierung der Administration unter Befreiung der Arbeiter; 6. Entfernung aller Reaktionären von ihren Ämtern in der Regierung und Administration; 7. Sofortige Sozialisierung der Kohlengruben und Übernahme des Kohlen- und Kali-Syndikats durch den Staat; 8. Schleunige Einführung neuer sozialpolitischer Gesetze; 9. Entfernung Roskes, Heines und Gösslers; 10. Die Partei soll sich verpflichten, daß sie vor Bildung des neuen Kabinetts sich hinsichtlich seiner Zusammensetzung mit den Gewerkschaftsverbänden in Verbindung setzen wird.

Pettisch-estnische Friedensverhandlungen.

Riga, 20. März. (Pat.) In den nächsten Tagen beginnen die Beratungen einer lettisch-estnischen Kommission, die die Grenze dieser beiden Länder festlegen soll. An den Konferenzen werden die Außenminister und Obersten Heerführer beider Republiken sowie der Vertreter Englands Oberst Tallont teilnehmen. Es ist die Einrichtung eines Schiedsgerichts mit dem Vertreter Englands als Schiedsrichter vorgesehen.

Rücktritt des lettischen Finanzministers.

Riga, 20. März. (Pat.) Der Finanzminister Erhardt hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Als Grund wird Krankheit angegeben. Seine Stelle wird Pourinch einnehmen, der in diesen Tagen an der Spitze einer Finanzkommission sich nach London begeben wird, um die Verhandlungen mit einer englischen Finanzgruppe in der Angelegenheit der Gründung einer Emissionsbank und die Ausfuhr von Flachs abzuschließen.

Aufland in Irland?

Paris, 21. März. (Pat.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet, daß das Unterhausmitglied Edward demnächst Lloyd George darüber interpellieren will, ob es wahr sei, daß in Irland am Ostermontag ein Aufstand ausbrechen solle und daß auch in Liverpool und Glasgow Unruhen geplant seien, ob es ferner wahr sei, daß die Polizei diese Pläne unterstützen.

Ausbau des Wölkerhasses: Englische Arbeiter für das hungrende Wien. Beim Wiener Emergency Relief Fund belannten sich die bisher eingegangenen Spenden auf mehr als 72 500 Pfund Sterling. Ein gut Teil der Beiträge stammt aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen.

Ein junges Schwein mehr geschächtet als ein Menschenkind. Das „Pravo Lida“ vom 10. Februar bringt folgende Notiz:

„Wir erhalten einen Bericht über einen Vorfall, der uns erschauern läßt. Es ist das ein Zeichen der Zeit, eine Illustration, die in schreckenden Farben zeigt, als was man eine Arbeiterin am Lande betrachtet. Heute sind die Schweine wertvoll und den Schweinefüttern und unerträlichen Wucherern ist ein Schwein hundertmal lieber als ein Wenzel. Es ist ja eine Waffenscheinung, daß die Schweine mit Milch gesättigt werden, während die Stadtkinder wegen Milchmangels hinsiechen, daß Schweine und anderes Vieh Edelgetiere fressen, während wir in der Stadt die argste Schweineerei in ungenügender Menge erhalten. Und so ereignete sich unter den obwaltenden Verhältnissen das, was uns vom Gut des Ferdinand Bayer in Kojetic (Bezirk Karlin) berichtet wird. Auf diesem Gutshaus mehr Junge, als sie jagen konnten. Der Verwalter Corcik erwähnte zum Säugen der drei überzähligen Ferkel — zwei Männer, zwei Männer mit Menschenanzug, zwei polnische Arbeiterinnen, welche ihre Kinder jagen. Diese rauflische, alles menschliche Empfinden beleidigende Idee setzte er auch wirklich in die Tat um. Er ließ den armen Arbeiterinnen, oder besser gesagt Slawinnen, welche es nicht wagten, dem Willen der Herrschaft Widerstand zu leisten, die drei Ferkel zu und das Unglaubliche geschah. Die Mutter des älteren Knäbleins nahm zwei Ferkel, die Mutter des jüngeren Knäbleins das dritte. Man fragte nicht danach, ob die Kinder dadurch zu leiden haben werden oder nicht — diese beiden Männer mußten an ihren Brüsten drei Ferkel säugen und säugen sie noch heute. Der Verwalter Corcik rief den Gutbesitzer Bayer herbei und zeigte ihm die beiden Frauen mit den Ferkeln an der Brust. Der Gutbesitzer lachte darüber und nahm mit Beifriedigung von der Fürsorge seines Verwalters für die Schweinekenntnis. Aber unter der Arbeiterschaft am Gutshof und der Bevölkerung in der Umgebung herrschte begreiflicherweise große Aufregung. Feiermann ist ob des furchterregenden Ausblicks entfusst —: Eine Mutter saugt an jeder Brust ein Ferkel und die andere hat an einer Brust ein Ferkel und an der anderen ein Ferkel. Es ist klar, daß die Kinder darunter leiden, sie sind von der Brust ihrer eigenen Mutter durch drei Schweinchen verdrängt.“

Briefkästen.

R. P. Da Sie nicht wissen, welche polnische Bank das Geld zur Auszahlung angewiesen erhalten hat, können Sie garnicht machen, als nur die Anzeige der Bank abzuwarten.

R. P. Daß und abgelehnt.

Wirtschaftliches.

Indische Geldreform.

[U. D.] Nachdem der Krieg die Finanzen der verschiedenen Länder, in so unzureichendem Maße erschüttert hatte, acht von verschiedenen Regierungen jetzt den Versuch aus, die Meldewährung ihres Landes neu zu organisieren. Besonders in Ländern, in denen die Silberwährung ähnlich war, musste die Wirkung des Krieges sich fühlbar machen; Indien war ein Land, das die Silberrupie im Verhältnis von 15 Rupien zu einem Pfund gesetzlich festgelegt hatte, so dass Goldvereigns als gesetzliches Zahlungsmittel in Indien bisher auf dieser Basis geolten haben. In der "Times" vom 2. 2. wird nun ein Bericht des Komitees veröffentlicht, daß die Missstände der indischen Geldwährung untersucht und Maßnahmen für die Wiederherstellung eines gesunden Auslandskurses vorzuschlagen seien. Der Bericht wurde dem Staatssekretär für Indien vorgelegt, und eine ganze Reihe von wichtigen Änderungen sollen sofort in Kraft treten.

Vor dem Kriege war es möglich, durch den Verkauf unbegrenzten Beträgen von Wechseln auf Indien oder Wechseln auf London den Wechselkurs von Pfund und Rupien mit Erfolg auf dem Verhältnis von 15:1 zu halten. Dadurch hatten der Handel und Verkehr große Vorteile, da die Stabilität des Wertes messers als grösster Vorteil jeder Währung betrachtet werden muß. Diese Stabilität war jedoch von zwei Dingen abhängig. Silber durfte nicht über 43 d die Linie steigen. Bei diesem Preis ist der Barrenwert des Rupies gleich seinem Münzwert, und so konnte das Pfund Sterling stets in Gold eingewechselt werden. Diese beiden Hauptbedingungen sind durch den Krieg verschwunden. Der Preis des Silbers ist auf 83 d gestiegen, und unter dem Druck des Krieges ist Gold und das englische Pf. Sterling weit auseinander gerückt. Das englische Pfund ist Papiergegeld geworden, und die

Papierfunde sind 28 Proz. weniger wert als die Goldfunde. Dieses außergewöhnliche Steigen der Silberpreise brachte die Ausgabe der indischen Banknoten in Gefahr, da die Silberrupie zum großen Teile aus der Zirkulation verschwand. Die indische Regierung versuchte zunächst die Ausfuhr von Silber zu verbieten und den Kurswert der Rupie allmählich zu steigern, im selben Maße wie auch das Silber lieg. bis sich ihr Wert von 1/4 auf 2/4 erhöht hatte. Als der Wert von Gold und Gold auseinanderging, wurde der Fehler gemacht, beides noch als identisch zu betrachten und den Kurswert der Rupie in Sterling auszudrücken. Dadurch wurde die Rupie von ihrer Goldbasis entfernt und auf eine Sterling- oder Papierbasis gesetzt. So wurde der Wert der Rupie nicht nur durch die wechselnden Preise in Silber, sondern auch durch die Schwankungen des Sterlingkurses beeinflusst, und es mussten fortwährend Änderungen in der Festsetzung des Wertes des indischen Geldes gemacht werden, was für die finanziellen und kommerziellen Verbindungen mit Indien sehr störend wirkte.

Nach den Empfehlungen des Komitees, welche von dem Staatssekretär für Indien angenommen und als Neuerungsmaßnahmen von nun an erlassen, wird die Rupie wieder auf die Goldbasis gestellt. Der Preis der Rupie wird auf 2/ oder 10 Rupien auf einen Sovereign festgesetzt. Vor dem Kriege betrug er 1/3 oder 15 Rupien auf Pf. Sterling 1. Diese Festsetzung des Preises soll allerdings nur provisorisch sein, und so lange Geltung behalten, bis in London wieder ein freier Geldmarkt hergestellt ist, der die Papierfunde mit den Goldfunden gleichwertig macht. Dann kann die alte Verbindung zwischen Sterling und Rupie wiederhergestellt werden. Durch das Inkrafttreten dieser Verordnung wird zunächst der Preis der Rupien auf Indien von 2 1/2 auf 2/9 steigen. Dieser Preis war allerdings höchst von der indischen Behörde eingeschränkt worden. Dadurch werden sich auch die indischen Waren verteuern, und ihre Einfuhr muss teilweise zurück-

gehen. Doch wird diese Wirkung sicher eingeschränkt durch die starke Nachfrage nach indischen Produkten in der ganzen Welt. Die Ausfuhr nach Indien wird natürlicherweise stark ermutigt, da der Wechselkurs einen höheren Gewinn verspricht. Die indischen Wertpapiere, deren Binsen in Rupies zahlbar sind, werden steigen.

Neben dieser einschneidenden Verordnung hat das Komitee noch weitere Richtlinien angegeben, die zu einer Sanierung der indischen Geldverhältnisse führen sollen. Danach bleibt die Rupie unverändert in Gewicht und Feingehalt als gesetzliches Zahlungsmittel bis zu jedem Beitrage. Die Ein- und Ausfuhr von Gold soll nicht mehr unter Regierungskontrolle stehen, sobald die neue Rate in Wirklichkeit getreten ist. Die Goldminzanstalt in Bombay wird das vom Volke zusammengetragene Gold in Sovereigns umprägen, und die Regierung verpflichtet sich, die Sovereigns nicht mehr zurückzuhalten, sondern sie frei zirkulieren zu lassen. In kurzer Zeit soll auch die private Ein- und Ausfuhr von Silber wieder erlaubt sein, und der Einfuhrzoll auf Silber aufgehoben werden, wenn nicht die Finanzlage des Landes die Beibehaltung verlangt.

Die Kursschwierigkeiten in Indien sind hauptsächlich auf den unentwickelten Zustand der Banken und der Kapitalanlagen dort zurückzuführen. Durch die günstige Handelsbilanz Indiens werden dem Verkehr jährlich große Summen Metallgeldes entzogen. Sobald sich jedoch die Bevölkerung an die Banken gewöhnt hat, und ihre Ersparnisse nicht mehr eingräbt, sondern sie zum Weiterverbrauch in den Banken hergibt, wird dem Lande ein unschätzbarer Vorteil erwachsen.

Lodzer Börse. (Nichtamtlicher Bericht.)
21. März 1920.

	Geahlt.
Rarentubel 500er	199.-
Dumaturbel 100	51.-
Dumaturbel (Kleinere)	48.-
Französische Francs	12.50
1/10 Pf. br. d. St. Lodz, 4. Serie	181.-

Tendenz: abwartend.

Warschauer Börse.

Warschau. 21. März	18. März	19. März
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1212/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1217 auf 121 121/	131.50-101.50	131.50-101.50
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1218/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1219/18	189.76 199.0	199.25-201
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1220/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1221/18	135.82/ 124.50	124.25-125.75
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1222/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1223/18	199.50-9.50	199.50-9.50
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1224/18	11.3	11.3
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1225/18	2.0-19.25	2.0-21.85
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1226/18	52.25-8.10	52.25-8.10
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1227/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1228/18	13.75-12.75	13.75-12.75
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1229/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1230/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1231/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1232/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1233/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1234/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1235/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1236/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1237/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1238/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1239/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1240/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1241/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1242/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1243/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1244/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1245/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1246/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1247/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1248/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1249/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1250/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1251/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1252/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1253/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1254/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1255/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1256/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1257/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1258/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1259/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1260/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1261/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1262/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1263/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1264/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1265/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1266/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1267/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1268/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1269/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1270/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1271/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1272/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1273/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1274/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1275/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1276/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1277/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1278/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1279/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1280/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1281/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1282/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1283/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1284/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1285/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1286/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1287/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1288/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1289/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1290/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1291/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1292/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1293/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1294/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1295/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1296/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1297/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1298/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1299/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1300/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1301/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1302/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1303/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1304/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1305/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1306/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1307/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1308/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1309/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1310/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1311/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1312/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1313/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1314/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1315/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1316/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1317/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1318/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1319/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1320/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1321/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1322/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1323/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1324/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1325/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1326/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1327/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1328/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1329/18	—	—
1/10, Dö. 2. Gl. Binsen 1330/18		